

## **Bernd Marin**

*Der Standard, Wien, 29.8.2007*

### **Sozialhilfe – nein danke?**

*Warum verzichtet die Mehrheit der Ärmsten – rund 80.000 Haushalte – auf 215 Millionen Euro jährlich?*

Hätten Sie für möglich gehalten, dass ausgerechnet die hilfsbedürftigsten Mitbürger/Innen, nämlich Bezieher offener Sozialhilfe, in bis zu 62% der Fälle etwa 40 bis 55% der zustehenden Geldsummen gar nicht beanspruchen? Dass rund 80.000 gerade der allerärmsten Haushalte Jahr für Jahr auf 215 Millionen Euro an Sozialhilfe verzichten?

Michael Fuchs vom Europäischen Zentrum hat nun erstmals dieses erstaunliche, doch weithin unerforschte und völlig unterschätzte Phänomen Sozialverzicht der Ärmsten empirisch untersucht. Dabei erweisen sich die Gründe für die Nicht-Inanspruchnahme von Sozialhilfe als ebenso vielfältig wie plausibel.

Menschen schämen sich ihrer Armut und sichtbaren Abhängigkeit, vor allem in Dörfern und kleinen Gemeinden am Land. Sie haben Angst vor behördlichem Zugriff, der peinlichen Offenlegung aller Einkommens- und Vermögensverhältnisse – und dem (vermeintlichen) Zwang, noch die letzten bescheidenen Ersparnisse oder Besitztümer veräußern zu müssen. Kaum wer kann die durch Verordnungen festgelegten Richtsätze für sie und ihre Kinder und damit ihre elementarsten Ansprüche überschauen. Sie scheuen den oft hohen Aufwand für mitunter sehr kleine und unsichere Beträge. Und sie fürchten, zu Recht, Regressforderungen der Behörden, die zugesprochene Sozialhilfe lange nachträglich (bis hin zum Erbe) wieder zurückfordern können – und damit eine Armutsfalle zum Verharren in Abhängigkeit aufbauen.

In Wirklichkeit ist die „Sozialhilfe“ nämlich gar keine unbedingte Hilfe an Hilfsbedürftige, sondern nur ein (zinsenloser) Kredit bis zum – zugleich entmutigten – Wiedereintritt in Lohn und Brot. Während ironischerweise die angloamerikanischen Working Tax Credits keine Kredite, sondern zwar bedingte, aber nicht rückforderbare Leistungen und somit einklagbare Rechte und keine administrativen Gnadenakte nach Gutdünken von Bürokraten sind – in Österreich von Land zu Land um hunderte Euro monatlich variierend.

Und offen gefragt: Würden Sie bei einem Grenzsteuersatz bis 100%, also konfiskatorischer Besteuerung durch Wegfallbestimmungen bei Erwerbsaufnahme arbeiten? Und warum sollten gerade die Niedrigstentlohnerten das tun?

Die Zunahme der Sozialhilfeempfänger/-Innen im letzten Jahrzehnt war enorm: von 63.000 im Jahre 1995 um 83% auf 114.000 zuletzt im Jahr 2004. Nicht nur wie bisher „Dauerunterstützte“ wie Erwerbsunfähige und Langzeitarbeitslose, sondern immer öfter auch „working poor“, die von Marktlöhnen nicht leben und ihre Familien erhalten können; daher auf „Richtsatzergänzungen“ angewiesen sind.

Wer nimmt nun Sozialhilfe noch am ehesten in Anspruch? Am stärksten in Wien, wo zwei Drittel aller Leistungen anfallen und nur 12 bis 28% der zustehenden Leistungen nicht abgeholt werden, gegenüber einem Bundesdurchschnitt von 49 bis 62%. Natürlich werden auch eher höhere Beträge beantragt als Bagatellbeträge, eher von Menschen mit hoher Arbeits- und Erwerbslosigkeit, niedriger Bildung und Familien mit Kindern.

Im internationalen Vergleich ist Österreich in guter schlechter Gesellschaft. Non-take up rates sind auch anderswo vergleichbar hoch, aber die Zahl der Empfängerinnen ist in Österreich mit 1,4% kaum halb so hoch wie in Deutschland vor den Hartz IV-Reformen mit mehr

als 3%. Mehr als die Hälfte von ihnen verzichtet auf die zustehende Sozialhilfe. Auf insgesamt 215 Millionen Euro jährlich, mehr als die geplanten Steuergutschriften für Niedrigverdiener kosten würden.